

Bericht vom 16.04.2018

„Tschechische Republik – europakritisch und populistisch?“

Martin Kastler, früherer Europa-Abgeordneter und heute hauptberuflich Leiter des Regionalbüros der Hanns-Seidel-Stiftung für die Tschechische Republik, Ungarn und die Slowakei fasste die Entwicklung in der Tschechischen Republik in 3 Punkten zusammen:

1. die Tschechische Republik wird fest an der Seite des Westens, der NATO und der Europäischen Union bleiben. Das zeigt beispielsweise die Auslieferung des russischen Hackers Jewgeni Nikulin, dem vorgeworfen wird, die Zugangsdaten von mehr als 117 Mio. Nutzern des Netzwerkes LinkedIn gestohlen zu haben, an die USA.
2. Der gewählte tschechische Ministerpräsident Andrej Babis ist Unternehmer, der europaweit investiert. Er ist der größte Investor in Deutschland aus der Tschechischen Republik. Die Vorteile des europäischen Binnenmarktes sind ihm voll bewusst. Er wird deshalb versuchen die Tschechische Republik an diesen Vorteilen partizipieren zu lassen. Die Einführung des Euro hat dabei keine Priorität.
3. Von besonderer Bedeutung ist für die Tschechische Republik heute und in Zukunft die Zusammenarbeit mit Deutschland und speziell auch mit Bayern. Eine lange gemeinsame Grenze und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit verbinden die Tschechische Republik mit Bayern. Südböhmen, Niederbayern und Oberösterreich wachsen zum Beispiel zu einer gemeinsamen Region mitten in Europa zusammen.

Priorität hat jetzt in Prag die Suche nach Koalitionspartnern für eine stabile Regierung. Das sollte bis Ende Mai 2018 möglich sein. Innerhalb der Visegrad-Länder wird die Tschechische Republik eine wichtige Rolle spielen und Brücken nach Deutschland bauen.

Martin Kastler ist im Netzwerk des Ost-West-Wirtschafts-Forum der Repräsentant für die Tschechische Republik. In seinem Schlusswort machte OWWF Präsident Eberhard Sinner auf die Europäische Souveränität aufmerksam, die für die globale Wettbewerbsfähigkeit und Unabhängigkeit aller Europäer wichtig ist und uns nicht zum Spielball der Zufälligkeiten der Globalisierung macht. Schon Franz Josef Strauß hatte 1967 in seinem Buch „Programm für Europa“ darauf hingewiesen, dass wir „Europäer werden müssen, um Deutsche zu bleiben“. Diese europäische Souveränität stellt auch Emanuel Macron in den Mittelpunkt seiner Neugründung Europas. Auf diesem Zusammenhang hatte auch der Honorarkonsul der Tschechischen Republik Hans-Peter Schmidt in seinem Grußwort hingewiesen.